

## Wochenspiegel

## Darüber diskutiert Frankreich

26. Mai - 2. Juni 2023

Staatspräsident Emmanuel Macron fordert Frankreichs Partner auf, gemeinsam die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten, sollte das Land vorerst nicht in die NATO aufgenommen werden. Paris schließt eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nach dem Krieg nicht aus. Bis dahin sollen die Verbündeten, darunter Washington und Berlin, eine Regelung zu treffen, die die Unterstützung für die Ukraine sichert. Auf der Jahreskonferenz des Think-Tanks GLOBSEC in Bratislava wiederholte Macron seine Forderung nach einer gemeinsamen "europäischen Verteidigung" und einem "europäischen Pfeiler in der NATO."

Der Minister für Inneres und Überseegebiete, Gérald Darmanin, besucht von Donnerstag bis Sonntag Neukaledonien. Anderthalb Monate nach den letzten bilateralen Treffen in Paris soll Gérald Darmanin vor Ort eine Bestandsaufnahme über die Entkolonialisierung des Gebiets sowie eine Bilanz des Abkommens von Nouméa aus dem Jahr 1998 vorlegen. Das Abkommen sieht Referenden über die Unabhängigkeit der Inselgruppe im Südpazifik vor. Bisher haben drei Volksbefragungen die Unabhängigkeit abgelehnt; das Referendum von Dezember 2021 wird von den Unabhängigkeitsbefürwortern der Front de libération nationale kanak et socialiste (FLNKS) angefochten. In einem Schreiben vom 25. Mai an die FLNKS und die Fraktionsvorsitzenden des Kongresses von Neukaledonien, schlug Darmanin nun vor, ein neues Abkommen abzuschließen. Er schloss nicht aus, "bestimmte hoheitliche Befugnisse" zu teilen oder sogar zu übertragen.

Staatspräsident Emmanuel Macron bezeichnete am 29. Mai Umweltverschmutzung durch Plastik als "Zeitbombe". Der französische Präsident äußerte sich in einer Videobotschaft, die an die 175 Vertreter der Vereinten Nationen gerichtet war, die am Montag in Paris zu Verhandlungen eines internationalen Abkommens für Plastikmüll zusammenkamen. Von Plastikabfällen gehe eine Gefahr für die menschliche Gesundheit, die Artenvielfalt und Klimaziele aus. Priorität müsse es sein, die Produktion von Kunststoffen zu reduzieren und "so schnell wie möglich" die umweltschädlichsten Produkte wie Einwegkunststoffe zu verbieten, mahnte der französische Präsident. Wenn man nicht handle, werde sich der Plastikmüll bis 2060 verdreifachen. Er forderte außerdem, den Export von Plastikmüll aus Industriestaaten an Länder des globalen Südens zu beenden.

Der französische Minister für Digitales, Jean-Noël Barrot, erklärte am 29. Mai, dass Twitter im Falle eines Regelverstoßes aus der Europäischen Union verbannt werde. Gleichzeitig äußerte er sich besorgt über eine zukünftige "übertriebene" europäische Regulierung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI). Barrots Erklärung erfolgte, nachdem Twitter offiziell aus dem Verhaltenskodex der Europäischen Union gegen Online-Desinformation ausgetreten war, was am 27. Mai vom EU-Industriekommissar Thierry Breton bestätigt worden war. Dieser hatte in einer Twitter-Nachricht daran erinnert, dass das soziale Netzwerk, das von dem amerikanischen Milliardär Elon Musk geführt wird, weiterhin rechtlich der Einhaltung der europäischen Regeln unterliegt.

Die französische Regierung stellt eine Reihe von Maßnahmen vor, um gegen Sozialbetrug vorzugehen. In einem Interview mit der Zeitung Le Parisien stellte der Minister für öffentliche Finanzen, Gabriel Attal, eine Reihe von Maßnahmen vor, darunter die Zusammenlegung der Krankenversicherungskarte und des Personalausweises, die Verpflichtung, neun Monate in Frankreich zu wohnen, um Zugang zu Gesundheitsleistungen zu bekommen, sowie die Kontrolle von Rentnern, die außerhalb von Europa leben. Der Minister schätzt die Kosten des Sozialbetrugs "auf 6 bis 8 Milliarden Euro pro Jahr."

Der französische Gesundheitsminister François Braun stellt die Rückerstattung von elektronischen Zigaretten durch die Krankenkasse in Aussicht. Das Thema liege im Rahmen des nächsten Anti-Tabak-Plans der Regierung, der für den Zeitraum 2023-2028 geplant ist, auf dem Tisch, so Braun. Die Regelung würde jedoch nur Nikotinersatzprodukte betreffen, die es ermöglichen, den Nikotinkonsum schrittweise zu reduzieren. Braun wiederholte seine Absicht, die bei Jugendlichen beliebten elektronischen Einweg-Zigaretten, sogenannte "Puffs", zu verbieten. Er sagte außerdem, er wolle "alle Tabakprodukte, wie z. B. Tabak zum Erhitzen oder Kauen, auf die gleiche Weise" wie die klassische Zigarettenschachtel besteuern.



Am 30. Mai wurde der französisch-italienischen Bürgerdienst ins Leben gerufen, eine Maßnahme, die es jungen Menschen aus Frankreich und Italien ermöglichen soll, eine bezahlte gemeinnützige Aufgabe im jeweils anderen Land zu übernehmen. Zielgruppe sind junge Menschen, die nicht im Rahmen eines Studiums mit dem jeweiligen Nachbarland in Kontakt treten konnten. Das Projekt ist Teil des französisch-italienischen Quirinal-Vertrags von 2021. Die Begünstigten im Alter von 16 bis 25 Jahren erhalten rund 600 Euro monatlich, um bis zu einem Jahr lang in Vereinen oder Körperschaften in den Bereichen Umwelt, Sozialfürsorge, Erinnerungskultur oder Sport mitzuarbeiten. Italienische Freiwillige sollen auch für die Olympischen Spiele 2024 in Paris gewonnen werden.



## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Zahl der Häftlinge erreichte am 1. Mai einen neuen historischen Höchststand: 73.162 Personen saßen in französischen Gefängnissen ein. Dies geht aus offiziellen Daten des Justizministeriums hervor. Die Marke von 73.000 Häftlingen war am 1. April überschritten worden. Dies ist der vierte Monat in Folge, in dem die Zahl der inhaftierten Personen steigt. Die Überbelegung der Gefängnisse hatte Frankreich im Januar 2020 eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingebracht. Mit 60.867 Plätzen in den Strafvollzugsanstalten liegt die Gesamtdichte der Gefängnisse nun bei 120,2 %, gegenüber 117 % vor einem Jahr und 108 % am 1. Mai 2021. In sechs Einrichtungen erreicht oder übersteigt sie sogar 200%: so etwa in Majicavo/Mayotte (über 250%) oder in Bordeaux (über 225%).

## DIE ZAHL DER WOCHE

Die Regierung und die bürgerlichkonservative Partei Les Républicains könnten sich in der Einwanderungsfrage auf eine gemeinsame Basis einigen. Innenminister Gérald Darmanin hat LR in einem Interview die Tür geöffnet, aber gleichzeitig mehrere Grenzen gesetzt. Im Bereich des Zugangs zu staatlich finanzierter Gesundheitsvorsorge für illegal Eingewanderte aber auch die Konditionierung von Visaquoten in Hinblick auf Rücknahmezahlen signalisierte Darmanin Gesprächsbereitschaft. Die Regierung will jedoch nicht auf Arbeitsmigranten für Mangelberufe verzichten und kritisiert die Infragestellung europäischer Richtlinien durch führende Politiker der Républicains.

Konrad Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500

www.kas.de/fr/web/frankreich